

DIE LINKE Bayern * Schwanthalerstraße 91 * 80336 München

AKTIONSBÜRO „Klassenkampf statt Weltkrieg“
über Hedwig Krimmer
München

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

DIE LINKE im Stadtrat München hat sich in einer Erklärung nachdrücklich gegen das Raumverbot für eine Veranstaltung im ehemaligen Führerbau anlässlich des Jahrestages des „Münchener Abkommens“ ausgesprochen.

Der Landesvorstand Bayern der Partei DIE LINKE unterstützt den Protest gegen das von der Staatsregierung betriebene Raumverbot und die Erklärung der LINKEN Stadträte.

In ihr heißt es u.a.:

„... Die bayerische Staatsregierung scheint aber nach wie vor auf das Verschwinden der Spuren der Naziherrschaft zu hoffen. So bemüht sie sich eifrigst, eine Veranstaltung zum „Münchener Abkommen“ vom September 1938 zu verhindern. Ausgerechnet an dem Ort, an dem es einst unterschrieben wurde, der heutigen Musikhochschule.

Mehrfach Flugblätter zu beschlagnahmen und ein Verfahren zu führen, um den Mietvertrag der Veranstalter mit der Musikhochschule aufzuheben, das ist nicht nur unverhältnismäßig und deutet auf ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Es kann nur von dem Wunsch getrieben sein, so zu tun, als sei das Geschehene nicht geschehen. Als gäbe es in München keinen ehemaligen „Führerbau“, als hätte der Aufstieg der NSDAP nicht in München begonnen, mit wohlwollender Unterstützung der damaligen Regierung des Freistaats.

Der heutige bayrische Staat, der bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden auf eine Art versagte, die mindestens fahrlässig genannt werden muss, und der heuer sogar mit Schlagstöcken bewaffneten rechtsradikalen Demonstranten die Münchner Straßen freimachte, geht bis an die Grenzen des rechtlich Machbaren, um ein linkes Kulturprojekt zu verhindern. Damit bringt er sich selbst in die Nähe jener „Ordnungszelle Bayern“, die so unheilvolle Folgen zeitigte.

In unseren Augen ist die Veranstaltung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ ein legitimer Versuch, an die Geschichte des Münchener Abkommens zu erinnern. Auch für die heutigen Nutzer des Gebäudes wäre die Inszenierung seiner Geschichte ein Gewinn. Die Haltung der Staatsregierung und ihrer Organe unterläuft die städtischen Bemühungen, die historische Verantwortung der Stadt sichtbar und erlebbar zu machen. Sie schadet dem Ruf der Stadt und ihrer Bürger. Im Interesse der Münchnerinnen und Münchner protestieren wir gegen dieses Vorgehen und hoffen darauf, dass diese kurzsichtige Verleugnungspolitik der Staatsregierung letztlich scheitert.“

Mit der Bitte um Weiterleitung und
mit solidarischen Grüßen


Klaus Bruno Engelhardt
Landesgeschäftsführer

Landesgeschäftsführung

Schwanthalerstraße 91
80336 München

Mobiltelefon: 0170 - 55 62 969
Telefon: 089 - 51 08 60 94

Mail: bruno.engelhardt@die-linke-bayern.de
WEB: www.die-linke-bayern.de

Büro Nürnberg

Allersberger Straße 86
90461 Nürnberg

Finanzbuchhaltung
Telefon: 0911 - 4310 665

Mitgliederdatenverwaltung
Telefon: 0911 - 4310 724

26. September 2012